



Evangelische Volkspartei
Kanton Solothurn



André Wyss
Kantonsrat Solothurn

Sessionsbericht 31. August/1./8. September 2021

Nach über 1 ½ Jahren hat sich der Kantonsrat zum ersten Mal wieder im Kantonsratssaal getroffen – ein schönes Gefühl! Allerdings unter der Auflage von 3G oder der Wahl, sich zu separieren und sich somit quasi einer möglichen öffentlichen Stigmatisierung auszusetzen, weshalb ich persönlich dieses Konzept als heikel erachte. Wenn gewählte Politiker nur noch unter eingeschränkten Bedingungen im politischen Prozess mitwirken können, dann ist dies eine für mich ungute Entwicklung. Mir war es wichtig, gleich mal beide Variaten zu «testen». So war ich in der ersten Woche noch direkt im Saal. In der zweiten Woche dann – wo ich keinen Sprechensatz hatte und es somit politisch für mich weniger ein Problem war, abgesondert zu sein – ging ich ins «Séparée», was mir prompt Medienpräsenz verschaffte und zeigte, wie rasch man öffentlich in ein gewisses Licht gerückt wird. Zum Glück bin ich inzwischen abgehärtet und weiss zu meiner Meinung zu stehen und damit umzugehen.

Inhaltlich ging es wie jedes Jahr um diese Zeit um die [Steuerungsgrössen](#) des sogenannten [kantonalen Finanzausgleichs](#). Das ist jener Topf, aus dem die finanziell eher schwächeren Gemeinden Geld erhalten und welcher durch die stärkeren Gemeinden sowie durch den Kanton gespiesen wird. Der Regierungsrat schlug vor, die Ausschüttungen an die Gemeinden um 2 Mio. Franken zu erhöhen. Da der Kantonsrat mit vielen Gemeindevertretern bestückt ist, war klar, dass diese den Steilpass aufnehmen und sicher verwerten würden. Ich – als Mitglied der kantonalen Finanzkommission (FIKO) und somit immer mit einem Blick auf die Kantonsfinanzen – wehrte mich erfolglos gegen diese aus meiner Sicht unnötige und sachlich nicht begründete Erhöhung.

Ein Auftrag verlangte, dass der geplante Bau des [Untersuchungsgefängnisses in Deitingen](#) quasi 5 vor 12 noch gestoppt werden soll. Die neue Baudirektorin Sandra Kolly konnte uns im Vorfeld aber sehr gut aufzeigen, dass man damit kaum etwas gewinnen würde – im Gegenteil: es würde den Kanton in dieser Sache wohl rund 10 Jahre zurückwerfen, verbunden mit enormen Kostenfolgen. Der Auftrag wurde schliesslich mit 30 zu 62 abgelehnt, das Gefängnis kann gebaut werden.

Beschlossen wurde das neue [Sozialgesetz](#). Dort gab es im Bereich des «Freiwilligen Engagements» im Vergleich zum Vorschlag vom Regierungsrat noch eine Änderung – konkret eine Vereinfachung für die Gemeinden – welche primär auf meine Intervention in der FIKO zurückzuführen ist. Es war wieder einmal einer jener Momente, die zeigen, dass auch die kleine EVP bzw. eine einzelne Person immer mal wieder etwas bewirken kann.

Persönlich

Neben dem [Sozialgesetz](#), wo ich Kommissionssprecher war, hatte ich ein Votum beim [Finanz- und Lastenausgleich](#).

Als Einzelsprecher hatte ich ein Votum zur Interpellation, welche möchte, dass «[Tempo 30](#)» auf Kantonsstrassen möglich wird. Auf Autobahnen sind wir es uns gewohnt, dass das Tempo je nach Gegebenheit (z.B. Verengung) reduziert wird. Auf Kantonsstrassen ist dies bisher nicht der Fall – u.a. zum Leidwesen von uns «Rohrern».

Auf meiner Homepage findet man weitere Informationen zu all meinen Vorstössen und Aktivitäten.

Zu diskutieren gab das neue [Globalbudget zum Öffentlichen Verkehr](#). Dieses soll aufgrund eines Ausbaus der Leistungen und der erwarteten Mindereinnahmen (Corona-Massnahmen) deutlich erhöht werden. FDP und SVP stellten einen Kürzungsantrag, konnten aber auch nicht sagen, wo genau gekürzt werden soll, sprich, welche Linien sie dann streichen möchten. Schlussendlich setzte sich Mitte-Links mit 54:42 durch und unterstrich damit die gewollte Stärkung des ÖV.

Schliesslich war der dritte Sessionstag noch geprägt von der [Umfahrung Klus](#). Die Abstimmung dazu findet schon bald, am 26. September 2021, statt. Die SP – als Gegnerin der Vorlage – wollte die Gelegenheit nutzen und mittels dringlicher Interpellation noch einmal Stimmung dagegen machen. Der Schuss ging aber wohl eher nach hinten los. Die Interpellation ermöglichte es nämlich dem Regierungsrat, Erläuterungen machen zu können, die er im reinen Abstimmungskampf nicht machen dürfte.

In Kürze

Weitere Themen in Form einer Interpellation waren [Cargo Sous Terrain](#), [Sexualstraftäter](#) sowie einmal mehr die [Fachhochschule Nordwestschweiz \(FHNW\)](#). Ein Volksauftrag mit dem Titel «[Klimagerechte Ernährung an Verpflegungsstätten der öffentlichen Hand](#)» wurde deutlich abgelehnt.

Die nächste Session findet am 9./10./17. November 2021 statt.

André Wyss